

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißberggasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Breslau, Mittwoch, den 14. Februar 1894.

5. Jahrgang.

Zeitbetrachtung.

P. W. C. Es giebt Leute, welche, wie man zu sagen pflegt, einfach blind in den Tag hinein leben, wenn sie nur ihre ausreichende Wohnung und Kleidung sowie ein'germaßen genügende Nahrung haben, so kümmern sie sich um Gott und die Welt nichts mehr und jedes Vorkommniß, das sie aus ihrem längst gewohnten Dufel jählings aufschreckt, ist ihnen als Störung verhaßt, gleichviel, welcher Art dasselbe ist.

Aber es giebt auch Menschen, welche außer ihrem augenblicklichen Vortheil, ihrer Bequemlichkeit und ih' Genüsse nicht sehen wollen. Die schrecklichsten Ereignisse, die drohendsten Erscheinungen suchen sie zu übersehen oder höchstens die Maske darüber zu ziehen und sich mit ein paar Worten damit abzufinden. Man vergleicht solche Leute mit dem Vogel Strauß, von dem erzählt wird, daß er den Kopf in den Sand stecke, in dem Wahne, daß, wenn er seine Feinde nicht sehe, er selbst auch nicht gesehen werde und darum auch nicht angegriffen werden könne.

Eine dritte Sorte von Menschen aber ist eifrig bestrebt, um Geld und Gunst, um Stellung und Beförderung die täglichen Ereignisse, Zustände u. s. w. wesentlich falsch darzustellen und somit gedankenlose und leichtgläubige Menschen absichtlich zu täuschen, so die Kenntniß der thatächlichen Verhältnisse statt zu klären, zu verwirren und zu verdunkeln, die wahr sein sollenden Berichte darüber zu fälschen.

Von all diesen drei Sorten von Menschen sind die Besten die Schlammstän, die Verächtlichsten, sie sind eigentlich Verbrecher, die öffentlich bestraft werden müssen.

An all diese Menschen wird man sozusagen gewaltsam erinnert in Anbetracht unserer gegenwärtigen

öffentlichen Verhältnisse. Es sei in Folgendem nur auf einige der wichtigsten Erscheinungen hingewiesen.

Welcher vernünftige Mensch muß nicht zugestehen, wenn er auch nur ein klein wenig nachdenkt, daß es nicht bloß bei uns in Deutschland sondern auch in anderen Staaten mit der bekannten Militärschraube nicht weiter gehen könne. Wer sieht heute, wenn er offene Augen hat und der Wahrheit die Ehre geben will, nicht, daß die Bewilligung der Militärvorlage ein großer Fehler war! Jetzt, wo das Geld zu deren Durchführung beschafft werden soll, steht man rathlos da; die vorgeschlagenen Steuern wurden mit Recht abgelehnt, sonst aber weiß man kein Geld aufzutreiben.

Wie Viele aber verschaffen sich klare Erkenntniß, über diese Angelegenheit und erheben ihre Stimme laut und vernehmlich! Die Einen dufeln darüber hinweg, die Andern wollen nicht sehen, die Dritten fälschen, lügen und betrügen das Volk so gut und so wie es geht und der Sclendrian bleibt der alte.

Fast täglich liest und hört man von sogenannten Attentaten mit Bomben, Dynamit oder ähnlichen Dingen. Man vernimmt dann weiter, daß die Thäter erwischt und verhaftet seien, daß sie auf die und die Weise verurtheilt und bestraft worden u. s. w. Mit Worten der größten sittlichen Entrüstung sprechen sich dann unsere ehr- und tugend samen Epießer darüber aus und die amtlichen Fälscher überbieten sich in der Beschreibung der Ruchlosigkeit solcher Verbrecher. Wer aber und wie viele geben sich auch nur die geringste Mühe, der Ursache und dem Ursprunge solcher Verirrungen nachzuspüren. Muß denn nicht jeder einsichtsvolle Mensch sagen, daß solche Erscheinungen nothwendig die Wirkungen, die Erzeugnisse und Symptome tiefer liegender, schwer krankhafter Zustände sind und nur so in können! Aber gerade diesen Zuständen forscht

höchst selten und nur ausnahmsweise Jemand nach. Und doch mußte es selbst dem Richter zur Pflicht gemacht werden, derartige Untersuchungen und Nachforschungen anzustellen, denn solche Verbrecher sind entschieden kranke Menschen und ist mit einer einfachen Aburtheilung nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuch-Paragraphen der Gerechtigkeit nicht Genüge geschehen.

Eine weitere, immer verhängnisvoller werdende Erscheinung unserer Zeit ist die sich täglich mehrende, massenhafte Arbeitslosigkeit. Das, man möchte sagen, stündlich zunehmende Maschinenwesen, die Geschäftsfloctungen, aus den unsinnigsten Plänen hervorgegangen, sowie noch andere Zustände und Thatsachen werfen immer mehr menschliche Arbeitskräfte b'schäftigungslos auf das Pflaster. Erschreckend und geradezu Grauen einflößend sind die Nachrichten, welchen wir täglich darüber in den Zeitungen begegnen. Und doch sollen und wollen diese Menschen auch leben. Viele von ihnen haben noch Frauen und Kinder und keine Arbeit, keinen Verdienst, kein Brot.

Was aber geschieht auf der anderen Seite? Da, man sieht und hört nicht, will weder sehen, noch hören, hilft sich mit der alten Lebensart darüber hinweg: wer arbeiten will, der findet auch Arbeit, oder man erklärt von den hohen Minister- und Regierungskreisen, daß dort von einem Nothstande nichts bekannt sei. Damit glaubt man, sich mit der Sache abgefunden zu haben. Hier mögen nun noch einige Zahlen folgen: Auf dem „Armenball“ im Hof- und National-Theater zu München wurden laut Abrechnung des Wirthes allein 1200 Flaschen Heißig Monopole getrunken, deren Gewinn-Ertrag aber nicht etwa den „Armen“, sondern dem Wirth zu Gute kam.

Der diesjährige Maskenzug in München soll mindestens 15 000 Mark kosten. Der Verleger der

Geächtet.

Roman von Ferdinand Hermann.

12]

[Nachdruck verboten.]

„Ich glaubte, daß der Herr Principal mir etwas zu sagen hätten“, stammelte er endlich in sichtlich' Verwirrung, „Herr Müncheberg sagte mir, es sei gestern Abend zweimal nach mir geschickt worden.“

„Allerdings! Aber es handelte sich dabei um eine Privatargelegenheit, zu deren Besprechung wohl an einem Sonntag Abend, aber nicht innerhalb der Geschäftsstunden Zeit genug ist. Gehen Sie an Ihre Arbeit! Sie werden erfahren, wann ich es für angemessen erachte, auf die Sache zurückzukommen.“

Eine verabschiedende Handbewegung bildete eine Ergänzung dahin, daß er keinen Einwand gegen seine Verfügung wünsche, und Gerhard hätte auch kaum gewußt, was er jetzt noch sagen solle. Er ging, und als er an sein Pult zurückkehrte, sah er deutlich genug an Müncheberg's schadenfrohem Gesicht, daß dieser den Verlauf der Unterredung im Voraus gewußt habe.

Gerhard's Widerwille gegen den falschen Gefellen konnte durch solche Wahrnehmungen natürlich nicht gemildert werden, aber er that ihm gegenüber nichtsdestoweniger nach wie vor seine Schuldigkeit und ließ es bei allen seinen Anweisungen, soweit sie geschäftliche Dinge betrafen, niemals an der gehorsamen Erfüllung fehlen.

Das Abenteuer vom Sonntag schien in Vergessen-

heit gerathen zu sein; denn Nehlsen kam nicht darauf zurück, und der junge Commis, der des Abends niemals ausging, hatte auf seinem Hintertreppenwege niemals mehr Gelegenheit, Bissy oder Tante Dorette wiederzusehen.

Vielleicht stand es indessen mit seiner Affaire in irgend einem dunklen Zusammenhange, daß das Menu des Mittagessens seit dem Beginn der Woche um einen Gang bereichert war, und das aufwartende Dienstmädchen sogar mit pffiffigem Lächeln unter seiner Schürze eine Flasche Rothwein zum Vorschein brachte. Müncheberg ließ es zwar an spöttischen Bemerkungen über die Eroberung, welche Asmus an Tante Dorette gemacht habe, nicht fehlen; im Uebrigen aber betrachtete er die Lederbissen ganz als einen ihm allein zustehenden Tribut, und Gerhard legte auf solche Dinge viel zu wenig Werth, als daß er ihn darin hätte behindern sollen.

Als sich der junge Mann an einem der letzten Tage der Woche um die gewöhnliche Zeit in das Comptoir herunterbegeben wollte, bemerkte er auf der Treppe eines der Dienstmädchen, das ihn augenscheinlich dort erwartet hatte. Er wollte mit einem Gruß vorübergehen, aber das Mädchen hielt ihn zurück und flüsterte ihm, während es ihm ein kleines zierliche Billet zu steckte, geheimnißvoll ins Ohr:

„Ein Brief vom gnädiger Fräulein — und Sie sollen den Papa nichts davon merken lassen!“

Gerhard war geneigt zu glauben, daß man sich einen schlechten Scherz mit ihm machen wolle; aber noch

ehe er eine Frage an das Mädchen richten konnte, war es ent schlüpft, und aus größter Nähe vernahm er hinter sich Müncheberg's schleichen den Schritt, den er gewöhnlich erst hören konnte, wenn Jener dicht an seiner Seite angelangt war.

Fastig verberg er den Brief in der Brusttasche, aber er konnte doch nicht schnell genug dabei zu Werke gehen, daß Jener nicht ebenjowohl seine auffällige Handbewegung wie die Gestalt des davoneilenden Mädchens hätte wahrnehmen sollen. In seinen grauen Augen leuchtete es eigenthümlich auf; aber er bezwang sich zu einem freundschaftlich klingenden Ton, als er, dem jungen Commis auf die Schultern schlagend, sagte:

„Si, ei, mein lieber Rasmus! Wer hätte hinter Ihrer ländlich unschuldigen Physiognomie einen solchen Don Juan suchen sollen; diese dunkle Hintertreppe kommt Ihnen für Ihre heimlichen Rendezvous mit Fräulein Bissy's hübschem Kammerkätzchen wohl gerade gelegen? Ich glaube, es wäre gut, wenn ich unseren verehrten Chef unter Hinweis auf meine interessante Entdeckung ersuchte, hier eine bessere Beleuchtung einzuführen!“

Gerhard athmete erleichtert auf; denn wenn er auch sein Leben dafür gelassen hätte, daß in diesem Briefe nichts stand, dessen sich Bissy hätte schämen müssen, so war doch ihr Wunsch, denselben vor dem Kaufherrn geheim zu halten, Beweis genug dafür, daß sie mit einem Verrath des kleinen Geheimnisses an Müncheberg noch weniger einverstanden sein würde. Es war keine geringe Prüfung seiner Selbstbeherrschung

welch räuberischen 'Abgebenen Blätter' gab allein 2000 Mark; Kaiser's Kronen 100, 200, 300 Mark und noch mehr, unter der Bedingung, daß der Zug an ihren Plätze vortheilhaft, in welchem Falle dann Zuschauerleiste vermiethet wurden im Preise bis zu 5 Mark und noch höher. Eine Mitgliedskarte kostete ebenfalls 5 Mark.

Man sieht, wenn es sich um Vergütigen und Aufbahrung handelt, ist Geld genug vorhanden, haufenweise zum Wegwerfen. Daneben aber die Tausende Arbeiter, die vielen Menschen, die hungern und frieren müssen. Ist das nicht entsehrlich?

Man muß da nicht auf den Gedanken kommen: unsere besitzende, vornehme Gesellschaft tanzt im tollsten Uebermuth auf einem Boden über Pulverfassern; ein einziger Funke, und das Ganze ist gewesen, Trümmer, Grauen und Entsetzen nur zurücklassend.

Der Generalpostmeister v. Stephan und seine Leute.

Zwei Reden des Abgeord. eien für Breslau-West, Dr. Bruno Schoenlant, zum Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung in der Reichstagsitzung vom 9. Februar 1894.

(Nach dem amtlichen Stenogramm.)

I.

Abgeordneter Dr. Schoenlant: Meine Herren, es war der Herr Generalpostmeister von Stephan, dem vor Jahr und Tag der Deutsche Kaiser sein Bild geschenkt hat mit der Unterschrift: „Wir leben im Zeichen des Verkehrs.“ Ich weiß nicht, ob das eine Anerkennung gewesen ist für das, was der Herr Generalpostmeister früher für die Entwicklung des Verkehrs gethan hat, oder ob es eine sanfte Mahnung war, daß er aus dem Beharrungszustande, worin er sich jetzt offenbar befindet, herausgehe und auf dem Gebiete des Verkehrs sich zu Reformen herbeilasse, die unbedingt nötig sind. Denn während früher die deutsche Reichspostverwaltung mit an der Spitze marschirte, sobald es sich um Verkehrsreformen gehandelt hat, ist seit geraumer Zeit eine Stagnation eingetreten, eine gewisse Versteinerung, und es ist so weit gekommen, daß von anderen deutschen Bundesstaaten, die erfreulicher Weise — muß man sagen — das Referatrecht des Postregals haben, die deutsche Reichspostverwaltung um mehrere Pferdclängen oder — besser gesagt — um mehrere Portolängen geschlagen worden ist, während wir vergebens vom Herrn Staatssecretär eine Herabsetzung des Localportos verlangen. Während im Gebiete der deutschen Reichspostverwaltung z. B. in Berlin der Stadtbrief 10 Pfennige und an anderen Orten 5 Pfennige kostet, hat die württembergische Postverwaltung — Württemberg marschirt jetzt an der Spitze der Reform, das sehen wir auch bei der Weinsteuer — für den Ortsverkehr das Porto für Briefe und Postkarten auf 3 Pfennige und für Druckfachen auf 2 Pfennige herabgesetzt, für den 10-Kilometer-Verkehr und für den Landverkehr auf 5 Pfennige und für Fernbriefe und Pakete hier wie dort auf 15 Pfennige. Die Verordnung der württembergischen Postverwaltung ist am 1. Januar d. J. in Kraft getreten, und damit verknüpft ist noch eine Reihe anderer gar nicht zu unterschätzender Erleichterungen. Die deutsche Reichspostverwaltung hat sich aber nicht veranlaßt gesehen, in die Fußstapfen der württembergischen Postverwaltung zu treten; sie hat vielmehr ein officielles Peletonfeuer auf die württembergische Postverwaltung eröffnet und hat in der „Kölnischen Zeitung" — sie ist eins der wenigen Blätter, die heute noch für den Herrn v. Stephan eintreten — einen sehr heftigen und spitz Artikel gegen die württembergische Regierung erlassen. Die württembergische Regierung hat aber mit außerordentlicher Entschiedenheit und mit erfreulichem Sarkasmus den Officiösen der Reichspost-

verwaltung heruntergeholt und ihn darauf hingewiesen, daß Württemberg nicht allein mit seiner Reform dasstehe, sondern daß in Bayern bereits seit Jahren dieser niedrige Ortsarif bestehe, und daß das württembergische Publikum trotz der Verschlehenartigkeit des Tarifs, der ja gegen diesen herrlichen Grundfah der Einheitsarif angeblickt verfährt, mit dieser Reduktion ganz zufrieden sei. — Württemberg hat aber nicht nur auf dem Gebiete des Portoresens, sondern auch auf dem Gebiete des Telegraphenwesens dem Herrn Generalpostmeister recht artig die Wege gewiesen. Kürzlich hat in der Budget-Commission der Herr Staatssecretär erklärt: es würde sich ein erheblicher Ausfall der Telegraphen-Einnahmen ergeben, wenn man, wie verlangt, das Jahres-Abonnement von 150 auf 100 Mt. herabsetzt. In Württemberg ist aber die Gebühr für das Telegraph von 140 auf 100 Mark herabgesetzt worden und zwar seit dem 1. Januar 1891. Während in Württemberg am 31. März 1889 die Zahl der Teilnehmer an den Telegraphen-Verbindungen 1054 betrug, war die Zahl der Teilnehmer am 1. Januar 1891 auf 3388 gestiegen. In Stuttgart hat sich im Verlauf von drei Jahren die Zahl der Teilnehmer von 1000 auf nahezu 2200 erhöht. — Nun ist es klar, daß der übliche Einwand der Herren von der Postverwaltung, solch eine Reform, sei es auf dem Gebiete des Portos, sei es auf dem Gebiete des Telegraphenwesens, führe einen erheblichen Einnahmeausfall herbei, nur eine statistische Sophisterei ist. Denn thatsächlich wird regelmäßig durch eine Reform des Tarifs, sei es auf dem Gebiete des Güters, sei es des Personentarifs, sei es des Portos, ein vermehrter Verkehr und damit eine erhebliche Steigerung der Einnahmen herbeigeführt.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)
Meine Herren, wenn der Herr Generalpostmeister seine Politik der Stagnation auf dem Gebiete des Verkehrswezens so weiter verfolgt, noch viel ärgere Zustände herrschen auf einem anderen Gebiet, nämlich auf dem Gebiet der Socialpolitik der Reichspostverwaltung. Der Deutsche Kaiser, der dem Herrn Generalpostmeister sein Bild mit der von mir citirten Unterschrift gewidmet, hat auch das Wort gesprochen, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. Nur, wenn man sich die Zustände in der Reichspostverwaltung ansieht, so kommt man zu dem Ergebniß, daß die Verhältnisse, wirtschaftlich und socialpolitisch genommen, ein Muster dafür sind, wie sie nicht sein sollen. Wenn allerdings der Herr Generalpostmeister Ihnen seinen Etat vorlegt, wenn er Ihnen die herausgehenden Zahlen seiner Ueberschüsse nachweist, wenn Ihnen gesagt wird, daß ein Ueberschuß von 24 Millionen bei der Reichspostverwaltung gemacht wird, so mag das zuerst klingen, so mag das die Leute im Anfang gewinnen. Aber, wenn man der Sache auf den Grund geht, wenn man sich fragt, aus welchen Quellen fließen diese Einnahmen, so erkennt man, daß sie nur die Consequenz eines Systems sind, das den größten Theil der Arbeitslast auf die Schultern Derjenigen wälzt, die im Range am tiefsten stehen und am schlechtesten bezahlt sind. Nur durch unerhörte Ausnutzung der großen Masse der unteren Postbeamten sind diese Ueberschüsse ermöglicht. Diese Art der Wirtschaft widerspricht den einfachsten Grundfahen der Socialpolitik. Ja, meine Herren, bei der Einweihung des neuen Postgebäudes in Remel hat der Herr Generalpostmeister von den 140,000 Beamten gesprochen, die unter seiner Leitung stehen. Sind denn das wirklich „Beamte" — ich meine: vor der Willkür der Verwaltung sichergestellte, freie Beamte? In Wirklichkeit sind das zum größten Theil Leute, die zwar den Namen „Beamte" führen, die alle Pflichten, aber nicht die Rechte von Beamten haben! Mag auch die ganze Postjurisprudenz noch so oft und noch so lehrföhrig den Nachweis versuchen, daß die Postverwaltung keine Erwerbszwecke verfolgen, daß die Post im Dienst des gemeinen Nutzens stehe, und daß die Gewinne nur ein Zufall seien, so meine ich: es giebt hier keinen Zufall. Herr Generalpostmeister! Oder es ist der Ueberschuß, der bei der Postverwaltung gemacht wird, dann gerade so „Zufall", wie wenn der Magnetstein das Eisen anzieht. Es ist eine Naturnothwendigkeit, daß bei der herrschenden Wirtschaftspolitik der Reichspostverwaltung derartige Ergebnisse zu Stande kommen. Es ist unumkehrbar, daß da, wo die

Hauptarbeit auf ungefähr 100,000 Tagelöhner — denn nichts als „Tagelöhner" sind die diätarisch beschäftigten sogenannten Beamten — gelegt ist, die Grundfahen der capitalistischen Wirtschaftsweise durchaus zum Ausdruck kommen. Die Post ist ein Riesetrieb, der nach denselben Grundfahen geleitet wird wie irgend ein groß-capitalistischer Betrieb im Rheinland oder in Saarbrücken.

Meine Herren, in diesem Betriebe haben wir dieselben socialen Gegenfähe wie in irgend einem großen Fabrik-Etablissement. In einer großen Actienfabrik haben wir auf der einen Seite den Chef der Gesellschaft mit seinen Directoren, mit seinen Sectionschefs, mit seinen Betriebsvorstehern, mit seinen höheren Beamten, und auf der anderen Seite die große Masse von Arbeitern, die durch eine weite Kluft von dem Unternehmer und seinen höheren Angestellten geschieden ist! Und wie ist es bei der Post? Da haben wir auf der einen Seite den Chef mit seinem höheren Beamtenstab und auf der anderen Seite die Masse der Postproletarier, die durch eine unüberbrückbare Kluft von den anderen getrennt sind, die darauf angewiesen sind, bei kläglichem Lohn und langer Arbeitszeit eine außerordentliche Arbeitsleistung zu verrichten, die die größten Ansprüche an die geistigen und körperlichen Kräfte, an die Verantwortlichkeit dieser Leute stellt.

Meine Herren, wir haben nach der Statistik des Post- und Telegraphenwesens eine Gesamtzahl von 137,028 Personen, von denen 54,807 etatsmäßig angestellt und 82,861 diätarisch beschäftigt, auf Tagelohn gelehrte Tagelöhner, Postproletarier sind. Fragen wir dann, wie viele Unterbeamte unter dieser Zahl sind, so erfahren wir, daß 62,720 Unterbeamte der Reichspostverwaltung unterstehen: das sind die Posthilfsboten, die Pack-träger, die Stadtpostboten, die Landbriefträger, die Postschaffner, die Briefträger. Meine Herren, die große Masse der Unterbeamten ist zum großen Theil, wie die der Subalternbeamten, der Assistenten und der Ober-Assistenten, gar nicht fest angestellt, sondern diätarisch beschäftigt. Und was bedeutet denn in Wirklichkeit die etatsmäßige Anstellung? Nachdem ein Postunterbeamter 13 Jahre gedient hat, wird er etatsmäßig angestellt, ein Subalternbeamter durchschnittlich nach einer 8½- bis 9jährigen Dienstzeit. Das bedeutet, daß der Postunterbeamte nach einer Kündigung von vier Wochen, der Postsubalternbeamte nach einer vierteljährigen Kündigung jeden Tag entlassen werden kann. Die ganze Finanzkunst des Herrn von Stephan wird dadurch erklärt, daß diese große Masse der Unterbeamten abhängig ist von der Willkür der Postverwaltung, daß sie jeden Augenblick erwarten kann, sofort oder nach kurzer Kündigung auf die Straße gelegt zu werden, daß sie nur die Pflichten der Beamten hat, aber nicht die Rechte. Meine Herren, das System der Postverwaltung hat die Tendenz, immer mehr die festangestellten Beamten auszuscheiden und an ihre Stelle zu setzen jeden Augenblick zur Entlassung fähige Tagelöhner und Arbeiter, die Tendenz, eine große, durchgreifende Lehrlingszuchterei zu treiben, Leute, die taum angeleitet sind, zur Thätigkeit von Beamten zu verwenden. Das System hat die Tendenz an Stelle der besser bezahlten Postsecretäre immer mehr Postassistenten und Ober-Postassistenten zu verwenden, die zwar dieselbe Arbeit wie die Secretäre haben, aber viel schlechter bezahlt sind und im Range der Posthierarchie viel tiefer stehen als die Secretäre. Meine Herren, die Zahl der Unterbeamten betrug im Jahre 1876 31,078, im Jahre 1892 62,760; etatsmäßig angestellt waren von den 31,078 im Jahre 1876 24,477, aber von den 62,760 des Jahres 1892 nur 34,731, also knapp die Hälfte. Wenn man sich die Verhältnisse dieser abgequälten, abgerackerten und zu langer Arbeitszeit beurtheilten Postbeamten ansieht, wenn man bedenkt, daß diese Leute erst unföhrbar angestellt werden, wenn sie 30 Jahre gedient haben, wenn man bedenkt, daß sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend im Dienst des Staates beschäftigt sind, so sollte man der Meinung sein, daß diese Beamten ein Recht hätten, wenigstens einmal im Jahre Urlaub zu bekommen. Nein, meine Herren, für die 62,760 Unterbeamten giebt es nun und nimmer einen Urlaub, es wird ihnen feiner zugestimmt. Die etatsmäßigen Subalternbeamten

und Will-nestrast, während des ganzen Vormittages den Brief des von ihm so hochverehrten Besens aus dem Herzen zu tragen, ohne von seinem J-halt Kenntniß zu nehmen. Aber er wußte die Probe manhaft zu bestehen, und in dem verdoppelten Eifer, mit welchem er sich in seine Arbeit vertiefte, bemerkte er nicht einmal die feindlichen und lamern den Blide, welche Müncheberg immer und immer wider zu ihm hinüber-schalt.

Nach dem Mittagesse'n pflegte der Buchhalter auf dem Sopha des gemeinschaftlichen Zim-ern eine halbe Stunde Ruhe zu halten, und diese Zeit benutzte Gerhards für die Lectüre des Briefes.

Als ihn die tiefen Atemzüge des Buchhalters in dem Claren der J-hungerten zu spüren, daß Jener eingeschlafen sei, was ihm zuwärtig schnell ge-schehen war, setzte er sich, ihm den Rücken zuwendend, an das Fenster und schaute auf seinen Tischrechner vor sich, ein ein der Kaiser des düstigen Bildes entwei.

Als er die persönlichen und für eine Lamenhand noch nicht vollständig bestimmten Schriftzüge des kurzen Briefchens vor sich sah, hätte er sie am liebsten so-leich an seine Lippen gedrückt, aber je hü das erschien ihm als eine Schwärze, welche er sich bei Lichte seines Prinzipals gegenüber nicht gematten dürfte, und so begabte er sich damit, die wenigen Zeilen wieder und wieder wieder zu lesen:

„Sieher Herr Hanus!"

Er hatte mit gewiß für recht unbedauer, daß wir am Sonntag Abend nicht besser für Sie ge-sch-

haben und daß Jhann noch nicht einmal ein ordentliches Wort des Dankes gesagt worden ist. Aber es fehlte der Lante und wir dazu an nichts Anderem als an der Geltegenheit, und Sie können sich wohl denken, daß ich lange ge-gährt habe, diesen etwas ungeschicklichen Weg zu betreten. Es war ein A-remard davon, nicht einmal Tante Dorette, aber ich konnte mir's nicht veragen. Jener mü-gelischen, daß ich mit vieler Mühe den Papa seine Einwilligung abgerichtet und abge-fragt habe, daß Sie zum Sonnabend Abend ein-laden werden sollen. Sie haben nun Zeit, sich auf des un-gewöhnlichen Ereigniß würdig vorzubereiten, denn ich fürchte, Papa wird mit seiner Einwilligung erst im letz-ten Aug-enthus hervors-üchlen. Natürlich dürfen Sie nicht ver-säumen Ihre Bundesgenossen

„Sieg Ruffen!"

Gerhards war beinahe bekümpft über die Aussicht, welche ihm da eröffnet wurde. Er — in der Abend-gesellschaft bei seinem Chef! — Selbst eine Zeit von primären und häufigen Einnahmen konnte sich daraus ergeben, in welche Verlegenheit man sich in die gesellschaftliche Umhüllung sein konnte an einem Orte bringen, an welchem eine große Menge von Leuten bei einem ung-eleg ge-schickten Gesangs, als er es war, mußte teilnehmen und sich

Er versahnt in ein un-gewöhnliches Reinhalten über diesen Gegenstand, als ihn eine leichte Bewegung glückliche er-götlichen auf-gehört er sich mit ihm daran erinnern, daß er nur einem Leuten Tante Dorette nur jedem

Späherauge sichern müsse; ihn zu ver-nichten, konnte er sich nicht ent-schießen. Vielleicht hätte er es lieber sich gewonnen, ihn in goldig lodernen Flammen schwinden zu sehen, aber es war ihm wie eine Ver-jündigung er-schienen, das düstige Blatt, das ihm ein Kleinod dünkte, in Stücke zu reißen.

In der Tasche seines Rockes aber war es ihm nicht sicher genug, und so ent-schloß er sich denn endlich, es vor der Hand in dem kleinen Schränk-chen, das ihm für seine Bücher und seine sonstigen kleinen Gabseligkeiten eingerichtet worden war, zu ver-schießen. Ein Blick auf Müncheberg über-zugte ihn, daß derselbe immer noch tief ath-end und mit geschlossenen Augen auf seinem Korb-bette lag, und so fürchte er denn ein Vorhaben aus und steckte den Schlüssel sorg-fältig zu sich.

Als der Buchhalter nach seiner Gewohnheit am Abend an-gesegnet war, wollte sich Gerhards die Freude machen, den Brief noch einmal zu lesen; aber das Schloß des Schränkchens, welches sich sonst auf einen leichten Druck ohne jede Un-bequemlichkeit hatte öffnen lassen, widerstand diesmal lange Zeit allen feinen Bemühungen, wie es der Fall zu sein pflegt, wenn vorher ein Schlüssel in Anwendung ge-bracht worden ist. Von einer ang-elichen An-ung ergriffen, verdoppelte Gerhards seine Anstrengungen, und endlich gelang es ihm denn auch, die Thür offen zu bringen.

(Fortsetzung folgt)

erhalten einen Urlaub von 14 Tagen, die nicht etwa mäßig angestellten Beamten dieser Kategorie einen Urlaub von 7 Tagen; Postunterbeamten aber, wie die Briefträger, haben nicht einen Tag Urlaub zu erwarten. Aber wenn ein solcher Unterbeamter durch einen zwingenden Grund, durch ein Familienereignis etwa genöthigt ist, um Urlaub zu erlangen, was geschieht? Es ist bereits früher im Reichstag berichtet worden, wie solchen Unterbeamten mitgeschleht wird; ich kann einen neuen Fall aus Breslau anführen. Im Sommer vorigen Jahres starb die Frau eines Breslauer Postkassiers nach mehrjährigem Leiden im Irrenhause. Als der Mann um einen Urlaub von drei Tagen bat, um die Frau zu beerdigen, um ihr die letzte Ehre zu erweisen, wurde ihm dieser Urlaub unter der Bedingung bewilligt, daß er die Kosten für seinen Stellvertreter zahle. Meine Herren, der Postverwaltung in Breslau war bekannt, daß sich dieser Mann in den elendsten Verhältnissen befand, daß er fünf unverfögt Kinder hatte, von denen einer erst als Lehrling beschäftigt war. Die Postverwaltung wußte, daß ihm 5 Mark monatlich abgezogen wurden von seinem Einkommen, um die nicht geringen Unterhaltungskosten für seine Frau im Irrenhause zu bestreiten. Trotzdem wurde dem Mann die Bedingung gestellt, die Kosten für die Stellvertretung zu zahlen, sonst bekäme er keinen Urlaub. Der Mann war nicht im Stande, mit Rücksicht auf seine Einkommensverhältnisse, die Kosten aufzubringen, und er konnte deshalb seiner Frau die letzte Ehre nicht erweisen. Das geschah zu einer Zeit, wo in Breslau ein Postsecretär und ein Ober-Postsecretär, die in guten Verhältnissen sich befanden, einen sechswochentlichen Urlaub bekamen, ohne verpflichtet zu sein, die Kosten für die Stellvertretung zu zahlen. Das ist ein Zustand, der **kulturwidrig, barbarisch** ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Die Postunterbeamten, die social thätig sind, nur als Tagelöhner bezeichnet werden können, müssen in Wirklichkeit die Arbeiten von wirklichen Beamten verrichten. Die Postunterbeamten werden zum großen Theil in den Schnellzügen, die nach Berlin gehen, bei der Sortirung der Briefe u. s. w. verwendet; hunderte von Postunterbeamten werden auf dem Briefpostamt hier in Berlin beschäftigt in der Sortirstelle für die in Berlin ausgegebenen Briefe. Das ist keineswegs Unterbeamtenarbeit. Trotzdem werden die Leute abgepeist, so weit sie diätetisch beschäftigt sind, mit einem Tagelohn von 1,50 bis 2,50 Mark. In Berlin beträgt der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner 2,70 Mark; die in der Postverwaltung beschäftigten Unterbeamten fertigt Herr von Stephan mit 2,50 Mark ab, ja die in der reichseigenen Posthalterei beschäftigten Postillone sogar mit 2,25 Mark.

Meine Herren, wenn ein solcher Postunterbeamter erkrankt, zeigt sich so recht erst die Fürsorge der Postverwaltung in seltsamem Lichte. Es offenbart sich dann, welche humanen Grundzüge bei der Post verfolgt werden. Wenn in Berlin ein Postunterbeamter erkrankt, muß er sich bei dem Vertrauensarzt der Post melden. Die Postverwaltung hat noch das System der Vertrauensärzte; ihre Beamten haben also nicht freie Arztwahl. Der Postunterbeamte ist nicht berechtigt, das Zeugniß seines Arztes, dem er Vertrauen schenkt, der ihn kennt, einzureichen, sondern er hat beim Vertrauensarzt der Post zu erscheinen und sich von diesem bescheinigen zu lassen, daß er krank sei, daß sein Zustand ihn berechtigt, Urlaub zu bekommen. Die Herren Vertrauensärzte in allen Ehren, — aber die Ärzte sind angestellt von der Verwaltung, sie stehen im Dienste der Verwaltung, und man muß von der Ansicht ausgehen, daß sie im Interesse der Verwaltung so vorsichtig wie möglich vorgehen und, wo möglich, bei einem Zustande, wo ein anderer Arzt den Urlaub wegen Krankheit beantragt, nur einen Zustand constatiren, bei dem der Urlaub noch nicht nöthig ist.

Herr von Stephan sorgt aber noch in ganz anderer Weise für die erkrankten Beamten. Wenn solch ein Unterbeamter oder Subalternbeamter zum Vertrauensarzt der Post kommt, liegen bei dem bereits die Personalacten des Beamten mit der Führungsliste vor. Nun frage ich mich: was hat denn ein Lungenkatarrh mit den Personalacten, ein Gelenkrheumatismus mit der Conduitenliste zu

thun? Das legt den Verdacht nahe, daß man nicht bloß fragt: Ist der Mann krank? sondern ist es ein unruhiger Kopf, ein Querulant, vielleicht gar ein Socialdemokrat?

Solche Principien sind in keiner Verwaltung zu billigen, am wenigsten aber in einer Verwaltung, die solche Ueberschüsse macht, wie die des Herrn von Stephan. Wenn irgend eine Beamtenchaft beliebt ist beim Publikum, so ist es die der unteren Postbeamten, so sind es die Leute, von denen man weiß, daß sie mit dem bewundernswürthesten Pflichteifer, trotz der Hungerlöhne, trotz der schlechten Bezahlung, für die sie zu arbeiten haben, ihre Pflicht thun, die im Sonnenschein und Regen, im Sommer und Winter mit demselben Eifer Treppe auf und Treppe ab laufen, die Briefe bringen, kurz die Verbindung zwischen der Postverwaltung und dem Publikum herstellen. Meine Herren, diesen Beamten, die allen Unbild der Witterung ausgesetzt sind, verbietet sogar die Reichspostverwaltung, bei der brennenden Zulfonne ihren dickwattirten Dienstroch zu öffnen oder mit einem leichteren Rod zu vertauschen, während in der Schweiz die dortige Postverwaltung, die in vielen Beziehungen unserer zum Muster dienen könnte, ihren Beamten erlaubt, im leichten Leinwand-Jaquet umherzulaufen, ohne daß die Würde des Beamten dadurch geschädigt wird. Diese Beamten, deren Pflichteifer und Pflichtgefühl so charakteristisch ist, hat sich unsere Berliner Postverwaltung für gemüthigt gehalten für **plichtvergessene Beamte** zu erklären. Ich bin in der Lage, Ihnen einen Erlaß der Berliner Ober-Postdirection vorlesen zu können, aus dem hervorgeht, wie diese Beamten, diese braven Briefträger, diese wackeren Packboten von der Postverwaltung taxirt werden. Dieser Erlaß ist datirt vom 18. Mai 1893; er trägt die Journalnummer B 15021, er ist unterzeichnet von dem königlichen Ober-Postdirector, Geheimen Oberpost-**rath Griesbach**:

In neuerer Zeit sind wiederum Fälle zur Kenntniß des Reichspostamts gekommen, in denen Beamte zu Weihnachten von Geschäftshäusern Geldbeträge als Geschenke angenommen haben, obwohl die Annahme solcher Zuwendungen wiederholt als unstatthaft bezeichnet worden ist. Gegen die pflichtvergessenen Beamten ist mit Strenge eingeschritten worden. Die kaiserlichen Verkehrs-Anstalten werden mit Bezug auf die Verfügungen vom 13. März 1876 B 3330 und vom 23. Januar 1880 B 830 veranlaßt, dem nachgeordneten Personal von Vorstehendem Nachricht zu geben.

Die Herren Amtsvorsteher wollen mit Strenge darauf halten, daß das Verbot der Annahme von Weihnachts- und Neujahrs-Geschenken **durchweg** beachtet wird. Hier werden diese Beamten, weil sie vom Publikum beschenkt werden — das ist doch der freie Wille des Publikums — für pflichtvergessen erklärt. Meine Herren, wie soll man sich nun aber erklären, daß, was ich Ihnen nachweisen kann, daß, sage ich, derselbe Herr von Stephan, in dessen Antrage jene Postunterbeamten für pflichtvergessen erklärt werden, sowohl solche Geschenke annimmt, wie vertheilt? Für bestimmte Zwecke scheint die Annahme solcher Gratificationen durch die Beamten nicht für pflichtvergessen zu gelten! Ich werde Ihnen nachweisen auf Grund von Actenstücken, daß Herr von Stephan solche Geschenke vertheilen läßt.

Sie wissen, daß zu Weihnachten und Ostern der Post- und Paketverkehr außerordentlich groß, und die Post auf die Liebeshüftigkeit der Eisenbahnstationsbeamten angewiesen ist, namentlich an den Knotenpunkten des Verkehrs, beim Ein- und Ausladen der Laufende von Paketen. Herr von Stephan, der das Annehmen von Weihnachtsgeschenken für pflichtvergessen erklärt, läßt jedes Jahr an die Vorsteher und Assistenten einer Reihe von Eisenbahnstationen solche Gratificationen vertheilen im Betrage von 30, 40, 50 Mark u. s. w. Da sind nun eigenthümliche Zustände eingetreten. Die Beamten, die offenbar nicht pflichtvergessen sind, wenn sie solche Geschenke von Herrn von Stephan bekommen, gerathen in Streit über die Gratificationen. Der eine ist nicht so gut angefahren oder kam vielleicht später in den Stationsdienst und erhält nichts. Aus dem Elsaß wird mir ge-

rieben, daß manchmal sich folgende Scene an Eisenbahnstationen abspielt: Der Zug ist zum Abfahren fertig, der Stations-Assistent ruft: Post fertig? Antwort: Nein. Stationsassistent: Abfahren! Collegen des Stations-Assistenten: Ach Du, laß doch noch etwas warten, damit die Post ihre Pakete mitbringt. Stationsassistent: Abfahren! (Zum Collegen gewendet:) Hast Du den Dichtst, laß warten, so lange Du willst. Ich richte mich nach der vorgeschriebenen Abfahrtszeit. Im übrigen bist Du ja eigentlich auch gezwungen, warten zu lassen. Du bist glücklicher 30-Mark-Postgratifications-Empfänger! Der Zug fährt ab. (Große Heiterkeit.) Solche Dinge spielen sich öfter ab. Ich glaube, der Contrast gegen den Griesbach'schen Erlaß springt in die Augen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Conservativer Antrag zum Militär-Pensionsgesetz von 1871. v. Schöning, Graf Bismarck und 32 Genossen beantragen: den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß denjenigen Offizieren, Sanitätsoffizieren, Beamten und Mannschaften des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine, welche in Folge einer im Kriege 1870-71 erlittenen Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung behindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges Theil zu nehmen, und dadurch der Anrechnung eines zweiten Kriegsjahres bei der Pensionierung verlustig gegangen sind, der betreffende Pensionsausfall erstattet werde.

Im Abgeordnetenhaus plätscherten die Conservativen in dem Fahrwasser tugendreichster Loyalität lustig herum, indem sie sich als die gebenedeiten Vertheidiger der „Prärogative der Krone“ geberden, ein Beginnen für das nicht einmal die sonst so loyalen Nationalliberalen das erwünschte Verständnis bekamen. Leuten, die in bitterster Noth aus dem Walde Streu geholt, unter Verhältnissen, die von einzelnen Rednern in einer zum aufrichtigsten Mitleid stimmenden Weise geschildert wurden, solchen Leuten darf man nach conservativem Recept nicht mit „salber Sentimentalität“ begegnen.

Wie wird dieses Wort den Armen und Vermissten in die Ohren gellen? Nur so weiter im Text! Um so eher wird es auch in den dunkelsten Köpfen hell! Der Kanzler Reist, der kameruner Prügel-Ausheiler, soll nun doch abberufen werden. So verkümpert ein hieniges Blatt. Wir werden abwarten, bis wir es amtlich gedruckt sehen.

Ueber Agrarfrage und Arbeitervereinswesen liest Professor Hize im nächsten Semester an der theologischen Facultät der Academie zu Münster. Die Vorlesungen werden wohl mehr theologisch als ökonomisch sein. Der nächste internationale Bergarbeitercongreß macht den Profkloaken des Capitalismus schon jetzt Kopfschmerzen, Man lese nur folgenden Wackzettel, der den Stempel des bekannten Böttcher-Geschäfts an der Stirn trägt: Berlin, den 8. Februar. Der nächste internationale Bergarbeiter-Congreß soll in

Auf dem Petroleur.

Aus dem Französischen von August Peine.

Auf hoher See ist alles von Wichtigkeit. Kein Schiff verweigert es, sich mit einem fremden Schiff zu besprechen, wenn man von solchem etwas mitzutheilen hat.

Aleir, leider schien alles vergeblich, der Oeandampfer passirte zu entfernt und bemerkte wohl die Flagge nicht. Dennoch, siehe da — er antwortet, indem er seine Nationalflagge aufzieht. Es ist ein Engländer. Nun, schon etwas. Ein Landsmann vom Capitän, immer noch besser wie ein Deutscher.

Man telegraphirte mit Flaggen: Ein schwer Verwundeter an Bord, habt Ihr nicht einen Arzt? Antwort: Unmöglich! — Dahin ging der Steamer (Dampfer). Es wurde Nacht und wieder Tag. Mit dem armen Bretonen wurde es stündlich schlechter.

Sein Landsmann, der Schiffszimmermann, war bei ihm. Wieder sah man ein Schiff in der Ferne. Der Steuermann wendete den Kurs und fuhr auf das herannahende Schiff zu. Der Dampfer kommt näher, er hat zwei Schornsteine. Ob es wohl ein Franzose ist?

Der Capitän übernahm das Commando: „Kinder, wenn's kein Franzose ist, so bekümmert er sich den Teufel um uns, d. s. sag' ich.“

„Es kann doch sein, daß es ein Franzose ist, dem Kurs nach fährt er auf Havre.“ meinte der Schiffszimmermann.

„Franzose — Franzose,“ riefen alle wie aus einem Munde. Auch der Capitän lächelte hoffnungsvoll:

„french, french“ — „kein Zweifel. Die Flagge zeigt blau, weiß, roth.“

Der Capitän ließ wieder die Flaggen ziehen; „schickt einen Arzt — ein schwer Verwundeter an Bord — ein Franzose.“

Der Dampfer antwortete nicht — doch an Bord ist große Bewegung — man hat sicher die Flaggen erblickt. Das ist doch stark. Mit seinem Fernglas erblickte der Capitän, wie das Verdeck voll von Passagiere stand, welche zu ihm hinüberblickten. Ein englisches Schiff mit einer Nothflagge, man sieht es nicht alle Tage.

Der Dampfer grüßte. Seine Frage stieg dreimal auf und nieder; ein Kanonenschuß. Vorüber. — „Das also ist alles, was der französische Capitän für seinen sterbenden Landsmann thut?“

Der Capitän suchte die Achsel. „Ja, das ist bald gesagt, aber Ihr müßt bedenken, das Schiff hat die Postkassen an Bord, bekommt eine Staatsunterstützung und muß seine Fahrzeit innehalten bei schwerer Geldbuße.“

Plötzlich ein Schrei der Wuth und Verzweiflung. Es war der Schiffszimmermann, der ihn ausstieß: „Seht doch da — die Streifen stehen ja nicht neben einander, sondern über einander. Es sind die Farben schwarz-weiß-roth. Es ist ein Deutscher.“

Ein kräftiger Seemannsfluch folgte den Worten des alten Schiffsgesellen.

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung.) „Kinder seht,“ sagte der Capitän. „Ihr müßt Euch das nicht so leicht vorstellen. Solche Paketboote haben einen Werth und tragen oft einen Werth von vielen Millionen. Es sind darauf tausend bis zwölfhundert Menschen und noch mehr. Und einem Petroleursschiff, dem weichen sie aus wie einem Pulverfaß, in dem eine Lunte brennt. Wie viel Petroleursschiffe sind nicht schon auf der See niedergebrannt. Ihr meint, unser Dampfer ist leer. Ja, aber diese leeren Petroleursschiffe, die wir an Bord haben, sind auch gefahrvoll. Das machen die Petroleumdämpfe, die sich darin entwickeln. Das ist kein Spaß. Manches Schiff mit leeren Fässern ist schon explodirt.“

Eine einzige Chance haben wir — wenn wir einem französischen Schiff begegnen. Vielleicht thun es da die Leute ihrem Landsmann zu Gefallen. Aber das ist ein Zufall. Wir treffen nur eins alle Wochen gegen zwölf Engländer, zwei Norweger und vier Deutsche. Aber an mir soll es nicht liegen. Ich will Euch den Gefallen thun.“

Endlich ein großes Schiff. Der Capitän des Evening Star hißt eine Flagge mit Kreuz- und Querstrichen auf. Ein Zeichen, daß man etwas mitzutheilen habe.

Berlin sagen. Es dürfte der erste internationale Arbeiter-... In gewissen sozialdemokratischen Kreisen denkt man daran, die Stadt Berlin um eine Beihilfe für diesen Congress anzu...

Der Mergel des Schreibers äußert sich so naiv und so grotesk, daß die Bosheit nur lächerlich wirkt und die Cassandra-Prophezeiungen nur den Eindruck von Clowispäßen hervorbringen.

Bemerkt sei hier, daß die Vorbereitungen für den Congress schon im Gange sind. Die Berliner Arbeiter sind sich ihrer Pflichten gegenüber dem ersten internationalen Arbeitercongress, der auf deutschem Boden tagt, wohl eingedenk, und kein berechtigter Wunsch, der an sie herantritt, wird unberücksichtigt bleiben.

Ein beachtenswertes Urtheil. „Den Socialdemokraten verdanken wir es, daß wir noch ein kampffähiges Volk haben. Ohne die revolutionäre Arbeiterbewegung hätten wir keine Arbeitersängergesänge und wären die Löhre überall unter das Existenzminimum gesunken.“

Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich wuchs für das Jahr 1893 im Vergleich zu den Vorjahren sehr dem dem Reichsamt für die Angelegenheiten der Auswanderung im Vergleich zu den Vorjahren sehr dem dem Reichsamt für die Angelegenheiten der Auswanderung im Vergleich zu den Vorjahren...

Haupttheil der gesammten aber Hamburg gehenden Auswanderung bilden und beispielsweise im Jahre 1892 60 Prozent der Bekletter erreichten. Ueber Bremen würden russische Auswanderer während des ganzen Jahres unbehindert befördert; soweit thunlich, wurden sie zuvor nach der Untersuchungsstation in Ruhleben dirigirt.

Von den Auswanderern wurden über Bremen 109,400 über Hamburg 58,872 befördert, von den Auswanderern waren 70,362 Deutsche; auf Preußen kamen davon 46,361, die Provinzen Westpreußen, Brandenburg, Pommern und Posen stellten das Hauptcontingent, im Durchschnitt 6000 Köpfe, Brandenburg mit Berlin genau gezählt 6091.

Wieder ein Justizmord? Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt:

Zum Proceß Zietzen. Am 2. Februar sind es zehn Jahre geworden, daß der Barbier Albert Zietzen von Eibersfeld wegen Mordes am Schwurgericht zum Tode verurtheilt wurde, um später im Gnadenwege zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt zu werden.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Wir können die Möglichkeit des Verhängnisses nicht abweisen. Wir haben alle Schritte, die bis zum Tode des Mannes gemacht worden sind, sorgfältig geprüft, und unsere Gewissensfrage ist es, ob wir uns zu dem Urtheil entschließen können, das am 2. Februar über Albert Zietzen gesprochen wurde...

Freunde Strett; die „Dressdener Nachrichten“ und so sagten dem Antifemilismus Valet, es ging zur Zimmermannschen „Deutschen Nacht“ und wurde Massenantisemit. Sie griffen sich von jetzt ab aufs Schärfste an, und daraus entsprang der gegenwärtige Proceß.

Ausland.

Schweiz. Socialreformen. Das „Hamburger Echo“ meldet: Am 4. März hat das Schweizervolk über einen neuen Artikel der Bundesverfassung abgestimmt. Derselbe betrifft die Schaffung eines einheitlichen schweizerischen Gewerbegesetzes und lautet: „Artikel 34. Der Bund ist befugt, auf dem Gebiete des Gewerbewesens einheitliche Vorschriften aufzustellen.“

Im Canton Zürich kommt am gleichen Tage das Gesetz, betreffend das Verbot von Fabrikarbeit an Festtagen, und das Gesetz, betreffend Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes, zur Abstimmung. Das eritere Gesetz ist eine Ergänzung des eidgenössischen Fabrikgesetzes, welches zwar die Sonntagsarbeit verbietet, es aber den kantonalen Gesetzgebungen überläßt, ihrerseits Vorschriften, betreffend die Festtage, zu erlassen.

Die zweite Vorlage bezweckt eine Reduction der Versicherungs-Prämien für Gebäude von 10 Rappen auf 8, 6 oder auch 5 Rappen pro 100 Franken Versicherungssumme, je nach der Höhe des Reservefonds. Diese staatliche Anstalt hatte 1893 ein Versicherungscapital von 913,4 Millionen Franken und einen Reservefonds von circa 3,5 Millionen Franken, welcher einen Jahreszins von 125 000 Franken einträgt.

Frankreich. Den ersten Mai für einen gesetzlichen Feiertag zu erklären hat der Deputirte Michelin in dem französischen Parlament beantragt.

Türkei. Kleinigkeit-Krämerei. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Zwischen der türkischen und bulgarischen Regierung ist dem „Standard“ zufolge ein Conflict aus eigenthümlichen Ursachen ausgebrochen. Der gegenwärtige italienische Minister des Auswärtigen, Baron Blanc, hatte sich, als er italienischer Botschafter in Konstantinopel war, eine Wohnung auf seine eigenen Kosten bauen lassen, weil ihm das bis dahin von der italienischen Botschaft benutzte Haus nicht gefiel.

Großweiziers liegt in folgendem: Ein Grieche, zu der vielgeschmähten Klasse der Geldwechsler von Galata gehörig, wünschte das Haus zu kaufen und hoffte, es unter dem Werthe zu erlangen. Sein Kummer war deshalb groß, als er vernahm, daß der Grah ihm vorgekommen sei. Sofort wandte er sich an den griechischen Gesandten. Damit war das Feschen zum Ausbruch des alten Vulgarenhasses gegeben. Es wurde eine Intrigue im Palast angezettelt und das Ergebnis war das oben mitgetheilte.

Griechenland.

Der „Politischen Correspondenz“ wird aus Athen gemeldet, daß dort seit einigen Tagen neuerdings und zwar diesmal in ernsterer Form, Gerüchte von einer Cabinetskrise auftreten. Ministerpräsident Trikoupis soll angestrichen sein, daß die Majorität der Regierung in der Kammer auf einige wenige Stimmen zusammengeschrumpft ist, beabsichtigen, dem Könige seine Demission zu überreichen. In den politischen Kreisen Athens gilt es für den Fall, als nicht ein völliger Cabinetswechsel eintreten sollte, als gewiß, daß die Zusammensetzung des Ministeriums in der allernächsten Zeit eine Aenderung erfahren werde.

Afrika.

Wie durch den Militarismus den Schwarzen Kultur beigebracht wird. Einem in der „Pommerschen Reichspost“ veröffentlichten Privatbriefe aus Südwesafrika entnehmen wir Folgendes: Die Räubereien Witbois dauern fort. Die Bevölkerung des ganzen nördlichen Nama- und südlichen Damara-Landes leidet schwer unter der Unsicherheit aller Straßen und Plätze. Fortgesetzte Räubereien und Ueberfälle halten Alles in Athem. Major von Francois hat Ende November einen Zug gegen Witboi unternommen, bei dem Francois, der erst mit 50 Reitern aufgebrochen war, sogar in Hornkranz von den Gegnern beschossen wurde. Nach dem Heranrücken einer weiteren Abtheilung von 45 Mann mit einem Geschütz rückte Francois auf den Gansberg zu, um Witboi dort einzuschließen und zu belagern. Den rechten Flügel der Eintheilungsbildeten Abtheilungen der 1. Compagnie (Leutnants Bthe und Lampe); im Centrum stand die Artillerie; den linken Flügel befehligte Lieutenant von Heydebreck (2. Compagnie und Bastards). Gegen Süden bei Areb hielten 80 Mann der mit den Deutschen verbündeten Bastards die Wege über das sonst unpassbare Gebirge besetzt. Die einzelnen deutschen Abtheilungen klangen in den nächsten acht Tagen langsam gegen Süden vor, den Bogen immer verengend. In jeder neuen Stellung wurden sofort Schanzen aus Steinen erbaut. Die Artillerie darf Granaten in die Stellung Witbois. Am 2. December verbrannten Abtheilungen der 2. Comp. Huslogos den größten Platz der Witbois, und erbeuteten einige Gewehre. Tags vorher hatten die Bastards bei Areb ein kleines glückliches Gefecht gehabt. Am 18. December vereinigten sich alle Abtheilungen im Süden des Gebirges bei Nuoub. Das erreichte Resultat war gering und Francois wollte den Witbois wieder nach Süden folgen, während Lieutenant von Heydebreck Areb besetzten und von da aus dem Feind so viel Abbruch wie möglich thun sollte.

Parteiangelegenheiten.

Der Redacteur der „Münchener Post“, Genosse E. Schmidt, wurde vom Amtsgericht München wegen Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Die hohe Strafe wurde erlassen in einer Privatbeleidigungssache, welche elsässische Richter gegen das Blatt bezw. dessen Redacteur und Verleger angestrengt haben. Trotzdem durch die künge festgestellt wurde, daß E. Schmidt zur fraglichen Zeit von München abwesend war, wurde dessen volle Verantwortlichkeit für den incriminirten Artikel angenommen.

Unterm neuen Kurs.

Mühlhausen. Genosse Jean Martin wegen öffentlicher Beleidigung der Polizeidirection in Straßburg zwei Monate Gefängnis.
Dresden. Genossen Edmund Fischer waren durch richterlichen Strafbefehl 14 Tage Haft wegen Verübung groben Unfugs zudictirt. Die Strafthat wurde in einer Sonntagspauladeri über das Militärschlüsselung des Königs von Sachsen gefunden. Die angerufene richterliche Entscheidung bestätigte den Strafbefehl.
Dielefeld. Von der Anklage der Majestätsbeleidigung wurde der Weber Heinrich Menke freigesprochen.
Kiel. Wegen Fabrikantenbeleidigung Genosse Ströbel, Redacteur der „Volks-Zeitung“, 14 Tage Gefängnis. Der amtsanwaltliche Antrag lautete auf 100 Mk. Geldstrafe.
Leipzig. Zu dem höchsten Strafmaß, 6 Wochen Haft, wurde Genosse Thiele, Redacteur der „Burgerzeitg.“ wegen Verübung groben Unfugs, auch in der Berufungsinstanz verurtheilt. Veranlassung gab eine

Strafe des 50jährigen Soldatenjubiläums König Alberts.

- 9. Erfurt. Wegen Beleidigung des Landraths in zwei Fällen wurde Genosse Hille zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.
- 9. Dresden. Das Landgericht verurtheilte den Tischler Paul August Langer wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängnis. Langer sang bei einer öffentlichen Tanzmusik nach einer Walzermelodie ein Lied, in dem die Strafthat gefunden wurde. Derselbe wegen Beleidigung des Amtsvorstehers in Walsleben 50 Mark.
- Trebnitz. Genosse Wittner aus Breslau hatte verabsäumt, die polizeiliche Erlaubnis zum Haktankleben einzuholen. Für 6 nachgewiesene Fälle wird auf 18 Mk. Geldstrafe erkannt. Beantragt war ein Vierteljahr Gefängnis.
- Limbach. Zwei Genossen haben den „äußeren Bestand der Ordnung“ damit verletzt, daß sie an einem Sonntag Flugblätter verbreiteten. Buße, je 5 Mark.
- Leipzig. Die vom Genossen Kunter gegen das Urtheil der Strafkammer Breslau, lautend auf sechs Monate Gefängnis, wegen Unterschlagung militärischer Urtheile, eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.
- 10. München. Wegen Unauffindbarkeit von Entlastungszeugen war der Redacteur der „Post“ gezwungen, die Revision gegen das verurtheilende Erkenntnis des Schöffengerichts in der Klagesache des Cafetiers Dimpf zurückzuziehen. Strafe 150 M.
- 11. Birna. Wegen Veranstaltung einer „öffentlichen Festlichkeit“ wurde Genosse Schöne in Wohnen in eine Polizeistraf von 30,45 M. und der Wirth, bei dem das Fest abgehalten wurde, in eine solche von 10 Mark genommen. An dem Stiftungsfest des socialdemokratischen Arbeitervereins hatten etliche Nicht-Mitglieder theilgenommen.
- Mühlhausen. Einstellung des Strafverfahrens gegen die Genossen Bueh, Wike und Doppler in Mühlhausen, welches eingeleitet war wegen eines die präseselichen Vorschriften nicht erfüllenden Flugblattes.
- 12. Breslau. Das Schöffengericht verurtheilte den Genossen Paul Kühn wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung beziehungsweise groben Unfugs zu 51 Mk. Geldstrafe. Die Berufung blieb erfolglos. Kühn hatte an verschiedene Häuser die Inschrift „Wählt Schoenlant“ schablonisirt.
- Frankfurt a. M. Vor dem Schöffengericht Jostein war Genosse Koch von der Anklage der Gendarmenbeleidigung freigesprochen. Die in Folge staatsanwaltschaftlicher Berufung erfolgte umfangreiche Beweisaufnahme vor der Strafkammer Wiesbaden hatte zum Ergebnis ebenfalls Freisprechung. Die Aussagen von 7 Zeugen darunter ein Fabrikant und ein Lehrer, bekundeten das Gegenteil der Aussage des Gendarmen. Troßdem glaubte der Staatsanwalt dem letzteren mehr Glauben beimessen zu müssen. Die Zeugen konnten sich irren. Sein Antrag lautete auf 300 M.
- Koswig. Mehrere Genossen, der Beamtenbeleidigung angeklagt, wurden freigesprochen. Derselben 2 Genossen, welche ohne polizeiliche Erlaubnis Eintrittsgeld zu einer öffentlichen Versammlung erhoben hatten.
- Breslau. Wegen Beleidigung eines Vicars durch die Presse wurde Genosse R. Schöbs als verantwortlicher Redacteur der „Volksmacht“ zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Antrag 100 M.

Socialpolitisches.

Aus dem sächsischen Erzgebirge ist man bereits gewöhnt, fast nichts anderes als den Nothschrei halb verhungerten Fabrikclaven zu hören. Die Löhne, die im allgemeinen den „zufriedenen Gebirglern“ bezahlt werden, lassen erkennen, daß die dortige arbeitende Bevölkerung nicht etwa nur alle höheren Lebensgenüsse entbehren muß, sondern daß sie thatsächlich an der Grenze des Verhungerns sich bewegt. Diesmal ist es die Strohflecht-Industrie im östlichen Theile des Erzgebirges, von der uns mitgetheilt wird, daß eine geübte Flechterin, die es vor einigen Jahren auf einen Tagesverdienst von 60—70 Pfennigen brachte, heute höchstens noch 40 Pf. verdient! — Vierzig Pfennige für die Arbeit eines Tages! — Das sagt genug. — Noch wie sagt Herr Menzer: Nothstand existirt nur in Romanen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Februar 1894.

Genossen! Arbeiter!

Agitirt für die Betheligung an den Gewerberechtswahlen,

daß jeder Arbeiter nur den von der organisirten Arbeiterschaft aufgestellten Candidaten die Stimme gebe.
Die Wahl der Wähler findet am 14. Februar von Nachmittags 5 Uhr bis Abends 8 Uhr nach 17 Bezirken in den vom Magistrat angegebenen Wahllokalen statt.
Wahlberechtigt sind nur diejenigen Arbeiter, deren Aufnahme in die Wählerlisten in der Zeit vom 4. bis 17. December v. J. erfolgte.
Das Wahlrecht ist nur in Person und durch Stimmzettel auszuüben.
Jeder Wähler muß sich auf Erfordern (s. B. durch

Vorlegung eines Arbeiters-Arbeits-Attal...
Vor allem eruchen wir zu beachten, daß die Wähler in demjenigen Wahlbezirk ihr Stimmrecht ausüben haben,

in welchem der Arbeitgeber wohnt, bei dem sie zur Zeit der Anmeldung zur Aufnahme in die Wählerlisten in Arbeit standen, seine gewerbliche Niederlassung hatte; diejenigen Arbeiter, welche zu der fraglichen Zeit bei einem außerhalb Breslaus das Gewerbe betreibenden Arbeitgeber außerhalb des Stadtbezirks in Arbeit standen, oder welche beschäftigungslos waren, wählten in dem Bezirke, in welchem sie zu jener Zeit wohnten.

Genossen, Arbeiter! Wir geben hierdurch noch bekannt, daß alle diejenigen, welche bezüglich des Bezirkes, in dem sie zu wählen haben, im Zweifel sein sollten, sich an das

Auskunfts-Bureau

wenden mögen, welches im „Nothen Löwen“, Kupfer-Schmiedestraße 11, errichtet ist und in allen auf die Wahlen bezüglichen Fragen, in der Zeit von 7 Uhr Abends bis 9 Uhr Abends unentgeltlich Bescheid erteilt.

Endlich eruchen wir alle diejenigen Genossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl Stimmzettel von 5 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends zu vertheilen, sich dieselben beim Genossen

Herrmann Hübner, Steinweg,
Dhlauerstraße 87, IV.,

Dienstag Abend von 6—9 Uhr Abends abzuholen.

Aus dem Stadtparlament.

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet Donnerstag, den 15. Februar, statt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der General-Discussion über den Stadt-Haushalts-Stat pro 1894/95. Von den neuen Vorlagen heben wir hervor: die Verstärkung des Stats der Bürger-Versorgungsanstalt pro 1893/94 um 935,85 Mark; die Verstärkung des Stats der Steuern pro 1893/94 um 270 Mark.

Der Magistrat ersucht nunmehr die Stadtverordneten-Versammlung, beschließen zu wollen: 1. die Frage der Errichtung von Markthallen bis auf einen weiteren Beschluß eines der beiden städtischen Collegien zu vertagen; die für Markthallenzwecke angekauften Grundstücke, sowie die aus Anlaß der diesbezüglichen Verhandlungen erworbenen Grundstücke am Oderthor-Bahnhof anstatt, wie bisher, auf kurze Miethsperioden auf längere Fristen, bis zu fünfjähriger Dauer, zu vermiethen oder sonst nutzbar zu machen. Für Markthallenzwecke hat die Stadt bisher 12 Grundstücke, (6 am Ritterplatz, 1 auf der Gartenstraße und 5 am Oderthor-Bahnhof) für 1 496 000 Mark angekauft; die Gesamtsumme der Verzinsung dieser Grundstücke beträgt 29 550,44 Mark. Der Magistrat führt in seiner Begründung des Antrages unter Anderem wehmüthig aus, daß, wenngleich er die Errichtung solcher Markthallen und insbesondere einer zweckmäßig eingerichteten Großmarkts-Halle mit Umschlagns-Einrichtungen nach wie vor für wünschenswerth erachte, als ein Bedürfnis, welches sich mit dem Wachsen der Stadt-Bevölkerung immer dringender geltend machen muß und dessen Befriedigung sich mit der Zeit immer schwieriger gestalten wird, so sei er doch im gegenwärtigen Augenblicke außer Stande, diese Frage zu lösen. Der Magistrat tröstet sich vorläufig mit der Ausrede, daß die finanzielle Rentabilität der Markthallen mindestens zweifelhaft ist, wie das Beispiel anderer Städte und auch der meisten Berliner Markthallen beweisen soll. Ertrage daher Bedenken, gerade im gegenwärtigen Augenblicke den Credit der Stadt in erheblichem Umfange für Zwecke der Markthallen zu engagiren. Es erscheint ihm auch wünschenswerth, daß eine Reihe anderer, noch dringenderer und zum Theil schon in der Ausführung begriffener großer Baufragen zunächst erledigt würden, bevor der Bau der Markthallen in Angriff genommen wird. Wenn nun inzwischen ein Betrag von fast 1 1/2 Millionen Mark zum Ankauf von Grundstücken verwendet ist, deren voller Nutzen erst nach Erbauung der Markthallen der Stadt zu Gute kommen könne, so mache dies den Entschluß, diese Erbauung zunächst auszusetzen, allerdings sehr schwer. Diese 1 1/2 Millionen bilden zur Zeit eine schwebende Schuld der Stadt, deren Regulirung durch ein förmliches Darlehn vom Bezirksausschusse allerdings genehmigt sei, für welche aber das Privilegium zur Realisirung des Darlehens durch Staatsanleihe noch nicht erteilt sei. Die Schuld erfordert —

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“)

47. Sitzung.

Montag, den 12. Februar. — 1 Uhr.

Die Beratung des Postetats wird fortgesetzt bei dem Kapitel 3. Titel „Oberpostdirektoren“ zc.

Die Abgeordneten Graf Hompesch und Genossen betragen, den Reichsfinanzler zu ersuchen, veranlassen zu lassen, daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Pakete von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme der Weihnachtszeit auf Eisenbahnen beschränkt werde.

Abg. Singens (Centrum) empfiehlt diese Resolution im Interesse der Sonntagsheiligung. Sogar die Befreiung vom Berge Sinai habe die Heiligung des Sabbaths geboten. Daß seitdem an Stelle des letzteren der Sonntag getreten sei, habe seine guten Gründe gehabt. Er habe im Vorjahre den Staatssekretär gebeten, uns mitzuteilen, wie weit die Sonntagsruhe der Beamten durchgeführt sei, und was daran noch fehle. Die Antwort habe gelautet, daß bereits ein Fortschritt erzielt sei. Aber auch die Sonntagsheiligung müsse noch mehr gewährleistet werden. Wünschenswert wäre es, wenn überhaupt keine Sonntagsbestellung stattfände oder doch nur zu doppeltem Porto. Ich bitte den Staatssekretär, im Weltpostverein darauf hinzuwirken. Geht Deutschland voran, so würden die anderen Staaten bald nachfolgen. Die Schweiz und Holland haben ja bereits Sonntags-Briefmarken eingeführt.

Staatssekretär v. Stephan: Der erhabene Ton des Borredners hat mich wohlthuend berührt. Aber wenn er Vitale aus dem alten Testament anführt, so muß ich ihm doch auch eine Stelle im Marcus vorhalten: der Mensch ist nicht des Sabbaths wegen da, sondern der Sabbath des Menschen wegen. (Heiterkeit). Auf dem berührten Gebiete sind Untersuchungen angeordnet. Aber eine einzelne Verwaltung kann doch nicht aus dem Ganzen herauspringen und für sich allein die ganze Materie ordnen. Gerade in den katholischen Ländern Spanien, Portugal und Italien findet gar keine Sonntagsbeschränkung statt. Eine einheitliche Regelung ist auch unmöglich, weil zu dem Weltpostverein Länder gehören, die den Sabbath nicht am Sonntag, sondern an einem andern Tage begehren. Man kann auch die Pakete nicht Sonntags alle liegen lassen, da deren Masse zu groß ist. Es würde das sonst den Verkehr am Montag behindern. Auch der Vorschlag, nur Gil-Pakete zu bestellen, hört sich nur schön an. Bestellt man diese, so müssen ja doch alle Beamten da sein. Auch ist es gefährlich, Privilegien in dieser Beziehung zu schaffen. Die Speculanten würden dann, zum Nachtheil der Bauern und kleinen Leute, alle ihre Pakete Sonntags bestellen lassen. Principieller Gegner des Wunsches des Borredners bin ich nicht, aber bestimmte Versprechungen kann ich nicht machen. Ich müßte ja auch abwarten, was der Bundesrath und auch der Reichstag dazu sagt.

Abg. Gosler (cons.) empfiehlt mit Wärme die Resolution. Wenn der Staatssekretär principiell Bedenken gegen die Gilgutbestellung habe, so müsse er diese überhaupt beschaffen. Thue der Staatssekretär aber das nicht, so müsse er auch die privilegierte Bestellung dieser Sendung für den Sonntag zulassen.

Abg. Müller-Sagan (freif. Bp.) giebt zu bedenken: Die würde eine so plötzliche Aenderung auf den Verkehr wirken, wenn auf einmal das Porto für am Sonntag zu gehende Pakete erhöht würde. Eine große Menge von Paketen muß doch bestellt werden, beispielsweise Begräbnis-Anzüge. So wie der Antrag vorliegt, können wir uns deshalb nicht für ihn erklären. Den Beamten würde viel mehr damit gedient sein, wenn sie die Stunden, die ihnen am Sonntage erlassen werden, nicht in der Woche nachzudienen haben, wenn also die freien Stunden am Sonntage nicht in die freien Stunden der Woche mit eingerechnet würden. Einem solchen Antrage würden wir zugestimmt haben.

Abg. Zimmermann (Antisemit) stimmt dagegen dem Antrage unbedingt zu. Es vergingen Wochen, ehe insbesondere ein Briefträger einmal einen freien Sonntag habe. Solche Zustände müssen abgestellt werden. Selbst in dem Industriestaat Belgien seien in dieser Beziehung die Verhältnisse besser. Abgeschafft müsse namentlich der Schalterdienst Sonntag Nachmittag von 5 bis 7 Uhr werden. Nach 1 Uhr müßten die Schalter geschlossen bleiben. Der Verkehr an den Schaltern von 5-7 Uhr sei ja auch nur ein ganz schwacher und könne deshalb sehr gut eingestellt werden. Herr von Stephan habe von den verschiedenen Sabbaths in den verschiedenen Ländern gesprochen, darunter also auch vom Sonnabend. Aber wo sei dann der jüdische Staat, mit dem der Weltpostverein zu arbeiten habe? Ich, so schließt Redner, kenne ihn nicht, und wenn der Herr Staatssekretär ihn begründen helfen will, so er uns als Mitarbeiter willkommen.

Abg. Schaedler (Centrum): Der Herr Staatssekretär führte das Wort an: Der Mensch ist nicht des Sabbaths wegen, sondern der Sabbath um der Menschen willen! Nun ja, gerade darum, um des Menschen willen, wollen wir ja aber eine größere Innehaltung des Sabbaths. Wenn der Herr Staatssekretär ferner auf die fremden Regierungen hingewiesen hat, so will ich darauf nicht näher eingehen, denn ich müßte sonst zuerst fragen: von welcher Gesinnung sind denn diese Regierungen? Der Herr Staatssekretär hat sich auf die Handelskammern berufen. Nun, bei dieser Frage haben noch ganz andere Factoren zu entscheiden, als die Handelskammern. Diese würden am liebsten gar keine Beschränkung des Sonntagsverkehrs haben wollen. Aber das Volk sind nicht die Handelskammern! Wenn der Herr Staatssekretär keine Privilegirung der Gilgutbestellungen will, gut, ich will ihm da entgegenkommen, streichen wir also die Gilgut-Bestellungen am Sonntage! Kommen wir mit principiellen Vorschlägen, dann man: es geht nicht! Und daselbe sagt man, wenn wir Einzelnes herausgreifen! Wir bleiben auf dem Boden der Resolution stehen, die doch wahrlich sehr entgegenkommend ist. Wir glauben aber mehr zu erreichen, wenn wir zunächst nur einen kleinen Schritt vorwärts thun. Um den Beamten eine vermehrte Sonntagsruhe zu verschaffen,

werden es meine Freunde auch an Bewilligungen nicht fehlen lassen. Gerade auf diesem Gebiete sollte unsere Postverwaltung allen anderen Postverwaltungen und allen anderen Unternehmern als Muster dienen. Bleiben Sie deshalb unseren Antrag nicht bloß in wohlwollender Erwägung, sondern führen Sie ihn energisch durch!

Abg. Singer: Ich will nicht auf die religiöse Seite der Sache eingehen, sondern nur auf die socialpolitische. Auch ich halte es bei dem anstrengenden Dienst, namentlich der unteren Postbeamten, für durchaus geboten, daß die freien Sonntagsstunden nicht in die freien Stunden der Woche in Anrechnung kommen. Es ist überhaupt eigen-thümlich, daß die Post 7 Arbeitstage rechnet, statt deren 6. Es kommen da mehr als 70 Arbeitsstunden, die oft noch überschritten werden, in der Woche heraus. Der Post-Verwaltung allein darf man allerdings daraus nicht Vorwürfe machen, denn für ihre Sonntagsruhe ist die in Handel und Gewerbe Voraussetzung. Es heißt: das Pferd am Schwanz aufzäumen, wenn man nur bei der Postverwaltung die Sonntagsruhe vorschreiben will. Mit dem Vorschlage des Abg. Zimmermann bin ich einverstanden, die Schalter Sonntags Nachmittags geschlossen zu halten, wenn auch die Annahme des Herrn Zimmermann nicht überall zutrifft, daß in dieser Zeit der Schalterverkehr ein ganz geringfügiger sei. Aber es muß auch für die Post-beamten gelten, daß sie — so zu sagen — auch Menschen sind. Wir sind also für die Resolution als einen schwachen Anfang der Sonntagsruhe. Man wird sich an die Einstellung des Paketverkehrs gewöhnen, ebenso wie man sich an die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hat gewöhnen müssen. An der Resolution gefällt uns allerdings nicht die Verbeibehaltung der Gilgutbestellung, denn wenn überhaupt Bestellungen erfolgen und Beamte zu arbeiten gezwungen sind, dann kommt es in der That nicht mehr so sehr darauf an, ob die Bestellung noch dreiviertel Stunden länger dauert.

Abg. v. Staudy (cons.) tritt ebenfalls für die Resolution ein, will aber, derselben entsprechend, im Gegensatz zum Borredner die Gilgutbestellung am Sonntagen noch beibehalten wissen, da andernfalls der Eingriff in die Verkehrsverhältnisse ein zu plötzlicher sein würde. Allerdings würde dann das Gilgutbestellgeld vielleicht etwas ernähigt werden können. Redner bemängelt u. A. noch das Raffen der Postwagen auf den Straßen am Sonntagen.

Staatssekretär v. Stephan betont dem gegenüber, auch Omnibusse, Droschen zc. rasselten am Sonntage.

Abg. Kraeber (jüdd. Volksp.) wehrt die Annahme ab, als ob Handels- und Industrie Gegner der Sonntagsruhe seien. Auch der Handel habe Sonntags seine Comptoirs geschlossen und sei daher an der Sonntagsbestellung nicht interessiert.

Abg. Groeber (Centr.) bittet um einstimmige Annahme der Resolution; nur das werde Eindruck auf die Postverwaltung machen. Als Württemberger könne er nur wünschen, daß die Reichspost in dieser Frage mit gutem Beispiel vorangehe, denn die württembergische Post hat zum Beispiel schon erklärt, daß sie eventuell der Reichspost folgen werde. Und in diesem Punkte sei in Württemberg noch viel zu bessern.

An der Debatte theilnehmen sich nach Abg. Müller (freif.), v. Staudy, worauf die Resolution angenommen wird, und zwar gegen einen Theil der Freisinnigen und der Nationalliberalen.

Bei dem Titel Post- zc. Aemter 1. Klasse bemerkt

Abg. Müller (fr. Bp.): Seltsamer Weise sei bei den Aemtern in Dar es Salaam und anderen überseeischen durchgeführte, was er für Deutschland erstrebe: die Assistenten rücken dort in Secretärstellen vor. Außerdem müsse er fragen: wie stelle sich die Einnahme bei den überseeischen Postämtern?

Bei dem Titel „Postkassier, Ober-Post-Secretär zc. fragt

Abg. Müller (freif.) an, wieviel Oberpostdirections-Secretärstellen mit Gleben besetzt seien.

Director Fischer bedauert, daß diese wie die vorigen Fragen nicht in der Commission an ihn gerichtet seien. Er sei hier zur Beantwortung nicht mit dem nöthigen Material versehen.

Es folgt der Titel „Oberpost- und Post-Assistenten.“

Abg. Müller (freif.) knüpft an seine neulichen Ausführungen, bei denen er unterbrochen worden war, wieder an. Die Lage der Assistenten ist anerkanntermaßen eine wenig befriedigende, aber es ist ihnen von der Regierung das Recht bestritten worden, zu agitieren und Unzufriedenheit zu verbreiten. Wir können ja nicht alle Zuschriften, die uns zugehen, auf ihre Richtigkeit prüfen. Aber aus der Gesamtheit dieser Zuschriften geht doch für uns hervor, daß die Assistenten, welche an der Spitze der Bewegung stehen, der Strafverfolgung verfallen. Jedenfalls glauben die betr. Ver-setzten: sie sind wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbände verurteilt worden. Ich meine, die Regierung müßte hier offen erklären, daß es den Assistenten nicht verwehrt werden kann, sich zu coaliren, auch für ihren Verband zu werben, zu agitieren. Es liegt das auch im Interesse des Verkehrs, denn Beamte, welchen ihre Rechte nicht verkümmert werden, thun auch freudiger ihren Dienst.

Abg. Singer (Soc.) Die Frage des Assistenten-Verbandes ist ja seit Jahren wiederholt hier zur Sprache gebracht worden. Um so bedauerlicher ist es, daß die Postverwaltung, indem sie hier schweben, den Assistenten das Recht zu coaliren, nicht bestrittet, es ihm doch practisch verwehrt. Redner berührt insbesondere den Fall eines straf-versetzten Assistenten in Schiltigheim im Elsaß und fährt fort: So gut wie allen anderen Staatsbürgern ist den Assistenten das Recht durch die Verfassung gewährleistet, sich zu coaliren. In der Commission erklärte Herr Dr. Fischer, er erkenne den Beamten das Recht zu, unzufrieden zu sein, aber nicht das Recht, Unzufriedenheit zu erregen, zu agitieren. Das ist ein Spiel mit Worten. Wenn die Beamten den Verband gründen dürfen und ihm beitreten — das soll ihnen ja auch nach dem Herrn Director Fischer erlaubt sein — so müssen sie auch das Recht haben, für den Verband zu agitieren. Sonst hat das Recht, den Verband zu gründen, gar keine Bedeutung. Der Verband schafft auch nicht

die Unzufriedenheit, diese hat vielmehr erst den Verband geschaffen. Mit Ihren Maßregelungen bringen Sie auch nur die Unzufriedenheit von der Oberfläche weg. Sie zwingen die Leute, die Rank in dem dadurch nur Streber! Der Reichstag muß klar und un- zweideutig dazu Stellung nehmen und aussprechen, daß das Vorgehen der Postverwaltung den Gesetzen widerspricht. Ein Ruhm für die Verwaltung ist es sicherlich nicht, wenn sie sich Ruhe nur dadurch erzwingt, daß sie den Assistenten den Mund verbietet. Müßte die Verwaltung sich doch endlich einmal auf den allein ihrer würdigen Standpunkt stellen und sagen: „Wir bekümmern uns um das außerordentliche Verhalten der Assistenten nicht.“ Der Reichstag möge erklären durch eine Resolution, daß das Verfahren der Postverwaltung gegenüber den Assistenten in eine Bahn einlenkt, welche nicht mehr dem Anstande entspricht.

Director Fischer: Es ist uns nicht eingefallen, den Verband zu verbieten oder den Beitritt zu verbieten. Ich weise die Behauptung zurück, daß wir die Wege des Anstands verlassen oder ungefällig vorgegangen sind. Das wir solchen Vereinsbildungen gegenüber die Hände in den Schooß legen, geht nicht an; schon deshalb nicht, weil der Verband Aenderungen der bestehenden Dienstordnung anstrebt. Meinen Sie wirklich, daß wir dem ruhig gegenüber stehen sollen. Ich will den Teufel nicht an die Wand malen, oder es könnte sonst geschehen wie in anderen Ländern, daß einmal ganze Beamtensklassen die Arbeitsbedingungen vorschreiben. Unter denen sie weiter arbeiten wollen. Das Aussprechen von Meinungen unterdrücken wir nicht. Wo ein Beamter gemahregelt wurde, geschah das nur, weil er von beherrschendem Ungehorsam gegen seine vorgeordnete Behörde nicht abzublenden war. In dem einen von Herrn Singer erwähnten Falle hat die Verletzung thatsächlich nur aus sachlichen Gründen stattgefunden. Ein Beamter ist gemahregelt worden, weil er andere, jüngere Beamte zum Eintritt in den Verband zwingen wollte. Das konnten wir natürlich nicht dulden. Es wird Alles ruhig geprüft, und es geht Alles in seinen gesetzlichen Bahnen.

Präsident von Ledyow ruft nachträglich den Abg. Singer wegen des gegen die Postverwaltung gerichteten Vorwurfs mangelnden Anstandes und der Ungelehrlichkeit bei ihrem Vorgehen zur Ordnung.

Abg. Lieberman von Sonnenberg (Ant.): Zu meinen Bedauern muß ich sagen, daß Herr Singer, was die Postassistenten anlangt, in allen Punkten Recht hat. Die Assistenten sind durchaus königstreu, trotzdem wird gegen den Verband in einer nicht zu rechtfertigenden Weise vorgegangen. Die Assistenten stehen thatsächlich unter Ausnahmebestimmungen (Redner recapitulirt eine Anzahl schon im Vorjahre vorgebrachten Fälle, die durch neuere ergänzen). Diese Quelle ewiger Unzufriedenheit muß verstopft werden. Auch in dem einen Falle, — Dietrich in Schiltigheim — wo angeblich die Verletzung aus sachlichen Gründen erfolgt sein sollte, lauteten meine Nachrichten anders, als die des Director Fischer. Thatsächlich besteht doch auch noch immer das Verbot für die Beamten, an Verbandstagen, selbst wenn dieselben in die Urlaubszeit fallen, theilzunehmen! Ich wiederhole, ich trage das Alles nur vor, damit diese Quelle der Unzufriedenheit verstopft werde.

Director Fischer, auf die einzelnen vom Borredner erwähnten Fälle eingehend, weist u. A. den Vorwurf zurück, daß in einem dieser Fälle der Vorgeführte das Telegraphen-Geheimnis verlegt habe. Eine Unregelmäßigkeit sei allerdings vorgekommen, der betreffende Telegraphendirector sei aber auch mündlich rectificirt worden. In einer Reihe weiterer Fälle hätten die amtlichen Vernehmungen ergeben, daß der Borredner durchaus falsch berichtet worden sei.

Nach kurzer Entgegnung des Abg. v. Lieberman bezeichent auch

Abg. Förster (Antisemit) die Postassistenten als Schmerzskinder der Postverwaltung, welche in Allem viel zu kurz kämen, so in Bezug auf Gehalt, auf sonstige Zuwendungen, namentlich aber insofern, als sie seit 1878 nicht mehr in Secretärstellen aufsteigen könnten. Was den Assistentenverband anlangt, so wolle er nach Allem, was darüber schon gesagt sei, den Staatssekretär und den Herrn Director Fischer nur darauf aufmerksam machen, daß die Klagen über die Behandlung dieses Verbandes doch einstimmig hier von allen Parteien laut würden.

Abg. von Kardorff nimmt nur kurz das Wort, um nicht den Anschein aufkommen zu lassen, damit es nicht aussehe, als ob das ganze Haus mit den Neuerungen der Abgeordneten Feyerler, Müller, Singer und Schoenlant einverstanden sei. Jedenfalls habe die Verwaltung Recht, wenn sie sich gegen ein Aufrücken der Assistenten in höhere Stellen sträube.

Das Haus vertagt sich.
Morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung.
Schluß 5¹/₂ Uhr.

Breslau, 12. Februar. (Amtlicher Producten-Börse-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogramm) per Februar 119,00 G., April-Mai 124,00 B. Hafer (per 1000 Kilogramm) per Februar 153,00 G. — Rüböl (per 100 Kilogr.) — gekündigt — Str., loco, in Qualität A 5000 Kilogr., per Februar 47,00 B., per April-Mai 47,50 B. — Spiritus per 100 Liter (a 100 pL.) ohne Faß; excl. S. und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gef. — Str., abgelassene Ründigungscheine — per Februar: 50er 48,80 G., 70er 29,30 B. u. G. Zink ohne Umfaß.

Zur Beachtung!
In heutiger Nummer beginnen wir mit dem Abdruck der vom Abgeordneten für Breslau-West, Dr. Bruno Schoenlant, im Reichstage gehaltenen Rede zum Stat für Post- und Telegraphen-Verwaltung. Dieselbe wird unsere Leser außernt interessieren, da besonders Breslauer Verhältnisse einer vernichtenden Kritik unterzogen wurden.

F. Waldenburg. Wir ersuchen Sie, den Verstoß gegen § 137 der G.-O. doch direct beim dortigen Gewerbe-Inspector anzuzeigen.

Stadt-Theater. Direction: Dr. Theodor Loew. Dienstag: Zum ersten Male: „Südbäumebung.“

Lobe-Theater. Direction: Fritz Witte-Wild. Dienstag: Der ungläubige Thomas. „Die in Kamm.“ Mittwoch: Dieselbe Vorstellung. Donnerstag: Benefiz Albert Patry. Zum ersten Male: „Das Examen.“

An die Wähler zum Gewerbegericht. Oeffentliche Versammlung

Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, in der „Berliner Weißbierhalle“, Berlinerstr. 70. Tages-Ordnung:

- 1. Die Gewerbegerichtswahlen. Referent: Genosse Reutlich. 2. Verkündung des Wahlergebnisses. 3. Verschiedenes. NB. Die Genossen, welche in den Wahllokalen als Beisitzer fungieren, haben die Pflicht, so schnell wie möglich das Wahlergebnis der Commission in der Berliner Weißbierhalle zu überbringen. Entree 10 Pfennig. Die Commission.

Oeffentliche Versammlung! Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 Uhr in Galle's Lokal, Anderssohnstrasse No. 4. Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnisse Breslaus. Referent: Redacteur Reinhold Schebs. 2. Diskussion. 3. Bekanntmachung des Resultats von den Gewerbegerichtswahlen. Der Einberufer.

Feine Schottenheringe No Mandel 30, 40, 50, 60, 75, 90 und 120 Pf. 2016 Ring 46, im Hofe.

Die besten Planeten, sowie Brot und alle anderen Backwaren liefert die Bäckerei Schweitzerstr. 22 nur 22.

Fabrik von Arbeiterlachen Spezialität: Arbeitshosen. E. Liedecke, Stadgasse Nr. 30. En gros. 1920 En détail.

Rum, Sprit und Liqueur-Fabrik. Edwin Delahon. 1911 Fabrik: Neumarkt 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstrasse 40 b. Haltestelle der Elektrischen Bahn. Telefon Nr. 807.

Soeben erschien: Socialdemokratie und Antisemitismus von August Bebel. Preis 20 Pfennige.

Die Bauern und die Sozialdemokratie. Von Georg von Vollmar. Preis 5 Pf., in Particen billiger. Dieses Schriftchen eignet sich vorzüglich zur Agitation unter den kleinen Grundbesitzern und erziehen wir die Genossen, recht reger Gebrauch zu machen. Die Expedition der „Volkswacht“.

Der Sozialdemokrat. Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Redaction: Max Schippel. Abonnements-Preis pro Quartal Mk. 1.20. Expedition des „Sozialdemokrat“, Berlin SW., Bentzstr. 2. Preis: 10 Pf. pro Quartal. Abbestellen der Expeditionen ist möglich; Einzelabbestellungen sind auch möglich.

Rechtskanzlei v. Dressler, Reuschstr. 18 bearb. Strafsach., Klagen, Beschwerden, Eing., Gnad.-Gef. zc. u. erzh. Rath. 1962

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend. Die Ref.-zimmer fallen nächsten Mittwoch wegen den Gewerbe-Gerichtswahlen aus. Der Vorstand.

Gesangsabtheilung. „Drei Tauben“, Neumarkt N. 8. Jeden Freitag Abends 8 Uhr: Übungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. - Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt im April. - Beiträge zum Verein werden abgezogen. Außerden werden die Parteigenossen, insbesondere die Vereinsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß im Vereinslocal „Drei Tauben“ folgende Parteizeitungen zu freier Benutzung ausliegen: „Vorwärts“, „Echo“, „Wähler“, „Fränkische Tagespost“, „Proletarier“, „Volkswacht“. Der Vorstand.

Oeffentliche Former- und Metallarbeiter-Versammlung. Dienstag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale der Berliner Weißbierhalle, Berlinerstrasse 70. Tages-Ordnung: 1. Der Nürnberger Formerstreik. Referent: Genosse Schütz. 2. Diskussion. Entree 10 Pf. Der Einberufer.

Gekrönte Häupter. Nr. 1: Katharina II. v. Rußland. 2: August der Starke von Sachsen. 3: Paph Alexander VI. 4: Carl Leopold von Mecklenburg. 5: Ludwig XIV. von Frankreich. 6: Philipp II. von Spanien. 7: Friedrich Wilhelm II, König von Preußen. 8: Heinrich VIII, König von England. Preis pro Nummer 20 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

Gerbischer Mummenschanz! In Serbien geht die Sache schief, Dort locht es, wie im Kreier - Der König drum zu Hilfe rief Herr Milan, seinen Väter. Ein weiser Staatsarrsch ist geplant Doch könnte leicht die Geben, Wie schon Herr Alexander ahnt, Ihm sein Concept vorbeiben. Durch einen Festungs-Mummenschanz Sucht er's um Geld zu wend n: „Gold 74“ soll ihm drum Den Jollern-Mantel senden. Confirmations - Anzüge Winter-Paletots jeder Größe v. 10 Mt. an, Ia. wie nach Maß gefertigt, von 18 Mt. an Schwelof's mit Pelzbesatz Herren-Anzüge von 10 Mt. an seine Anzüge von 14 Mt. an Braut-Anzüge in Tuch und Sammet von 25 Mt. an sehr gute von 38 Mt. an, Herren Jaquets von 5 Mt. an, Schlafrocke von 8 Mt. an, Herren Anglin-Hosen von 3 Mt. an, gute Hosen von 5 Mt. an, Hosen und Westen von 8 Mt. an, moderruste von 8 Mt. an Knaben-Paletots von 5 Mt. an Anzüge für jedes Alter von 2,50 Mt. an. Kellner-Brack Leder-Hosen nur 2 Mark. „Goldene 74“ L. Kl., Ohlauerstr. 74, l. El. Neue Fracks werden verlichen.

Sozialisten-Marsch f. Glas- u. Streichordchester 1,20 netto, f. Chor à Stimme 10 Pf., Bither 50 Pf. gegen Einsendung des Betrag's portofrei. J. Günther, Musik-Verlag, Dresden.

Empfehle den werthen Genossen mein Ein- u. Verkaufsgeschäft. Oberstrasse 18/19, Bittner, vorm. Trowe.

Arac, Rum, Cognac. Stbft importirt en gros und en détail. f. Punscho u. Glühweextract. Banana, Ananas, Burgunder Kaiser- u. Punsch. f. Original- und Tafel-Liqueur: Hausberger Klosterbitter, 175l Mandarinen-Singer, Benedictiner, Charitretse, Curacao zc. Nachd'-Kugeln und Cholera Bitter, bekannt durch seine vorzüglichen Eigenschaften, iten Breslauer Korn mit Weisbgezeugen, Johannisbeerbuchelblanbeerwein, Essig u. Moster empfiehlt. Hermann Soldat & Co. BRESLAU, Ring 2. Telefon No. 8. Verkaufsstellen: 3a Kassafant Hauskur, im Comptoir im Hof. Der wahre Jakob 19 Preis 10 Pf. Vorrätig bei allen Colportieren in der Expedition der „Volkswacht“.

Illustrirter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1894. Inhalts-Verzeichniß. Kalenderbuch, bildlicher Gesellschafts-Kalender, Bevölkerung, Militär- und Seemacht, Schiffahrt, Handel und Märkte. Im Anhang des Jahres. Laß der Schweiz. Erzählung von John von Ried (Herausg.) (mit Illustrationen) Flora Germanica. Von Hofrat von Kaiserlichen Dr. Gelehrten. Von Dr. H. Burg (mit Illustration). Königsberg. Festspielverhältnisse und Sagengeheim. Von Dr. H. Burg. Laß des Jahres. Humoreske von Hans Burg mit Illustrationen. Faller und Blie. Von Wilhelm von Meißner mit Illustrationen. Der Opa. Von Oswald Röhrer mit Illustrationen. Laß der Geschichte der ersten Heil-Kolonie Ruthen Curant. Von Gd. Hermann (mit Illustrationen). Ehrliche. Gedicht von Carl Gust. Saubert und Fellerich. Hochzeiten. Von Gd. Hermann (mit Illustrationen). Geburt von Hans. Geschichte über Wald und Felder. Erzählung von Carl Burger mit Illustrationen. Der Fall der Geschichte da noch plaudern? Gedicht von Kaiserlichen Gold. Jünglinge Blüher. Für unter Illustrationen. Kaiserliche. Ganzes von Kaiser. Die Ständeverb. - Hebe und Arbeit - Oberwärtiger Gebraucht. - Der Vorkrieg - Ein Wandkalender. Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht und alle Cooper. etc.